

# Machtlos im Bergbahnenstreit

**Skigebiete** Im Revierkampf zwischen der Toggenburg Bergbahnen AG und den Bergbahnen Wildhaus sind die Fronten verhärtet. Der Einfluss der St. Galler Regierung ist begrenzt. Im Gegensatz zu anderen Kantonen, wo die Seilbahnen quasi dem Staat gehören.

Michael Genova

michael.genova@ostschweiz-am-sonntag.ch

Die Strategie der harten Hand ist im Toggenburg vorerst gescheitert. Im Sommer blockierte die St. Galler Regierung Fördergelder und wollte dadurch die Toggenburg Bergbahnen AG und die Bergbahnen Wildhaus AG zur Zusammenarbeit zwingen. Doch die Streithähne sind sich im Ringen um ein gemeinsames Ticket und um eine «partnerschaftliche Fusion» keinen Schritt nähergekommen.

Derweil bekräftigt der St. Galler Volkswirtschaftsdirektor Bruno Damann: «Zurzeit hat sich an der Haltung der Regierung nichts geändert.» Doch egal, wie sich der Kanton weiter verhalten wird, die Kritik ist ihm sicher. Schon jetzt bemängeln Tourismusvertreter, dass unter der unerbittlichen Haltung der Regierung vor allem die Region leiden werde. Lenkte der Kanton hingegen ein, wäre dies auch ein Eingeständnis, dass seine Strategie gescheitert ist.

## Freiburg beteiligt sich an Seilbahnen

Gäbe es jedoch weitere Druckmittel, auf die der Kanton St. Gallen zurückgreifen könnte? In einigen Kantonen ist die öffentliche Hand am Aktienkapital der regionalen Bergbahnen beteiligt und kann dadurch über deren Geschicke mitbestimmen. Dafür müssten die privaten Betreibergesellschaften allerdings an einer Beteiligung der öffentlichen Hand interessiert sein oder unter wirtschaftlichem Druck stehen. «Diese Voraussetzung scheint im Toggenburg nicht gegeben zu sein», sagt Andreas Keller, Mediensprecher von Seilbahnen Schweiz.

Aussergewöhnlich stark engagierte sich der Kanton im Fall von Freiburg. Als die Seilbahnen in den Freiburger Alpen erneuert werden mussten, sprang der Staat ein und gründete 2009 eine Finanzierungsgesellschaft. Unter dem Dach der Freiburger Seilbahnen AG wurden fünf Bergbahngesellschaften vereinigt. Gemessen an den Pistenkilometern und der Zahl der Lifte sind die einzelnen Freiburger Skigebiete rund halb so gross wie das gesamte Skigebiet Toggenburg. An der Finanzierungsgesellschaft

beteiligte sich der Kanton Freiburg mit 49 Prozent, die regionalen Körperschaften mit 25 Prozent, die restlichen Anteile halten die jeweiligen Seilbahngesellschaften. Insgesamt kostete die Modernisierung der Anlagen rund 52 Millionen Franken, davon übernahmen Kanton und Gemeinden rund 38 Millionen Franken.

## Wallis plant ein Bergbahngesetz

Über eine andere Art der Hilfe diskutiert zurzeit das Wallis. Mit einem Gesetz zur Förderung von Bergbahnen will der Kanton seine Skigebiete retten. Auf rund eine Milliarde Franken wird der Investitionsbedarf geschätzt. Dank des Bergbahngesetzes sollen künftig 50 Millionen Franken pro Jahr an Investitionshilfen an die Walliser Bergbahnbetreiber fliessen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass ein Unternehmen mehr als zwei Millionen Franken Umsatz macht.

Der Kanton St. Gallen hingegen hat kein eigenes Bergbahngesetz. Im Augenblick sei ein solches nicht vorgesehen, teilt Regierungsrat Damann auf Anfrage mit. An der Situation im Toggenburg würde ein solches Gesetz wenig ändern. Eine gewichtigere Mitsprache erhielte der Kanton nämlich nur, wenn beide Toggenburger Bergbahnen öffentliche Fördergelder bezögen und sich dadurch an Vorgaben halten müssten.

Seine Förderpolitik gegenüber den Bergbahnen formulierte der Kanton St. Gallen zuletzt im Jahr 2011 in einem internen Strategiepapier, das jedoch nie veröffentlicht wurde. Es war die Voraussetzung, um Bundesgelder aus dem Topf der Neuen Regionalpolitik (NRP) zu beantragen. Im Jahr 2019 werde der Kanton eine neue Bergbahnstrategie brauchen, weil dann die Periode der NRP-Gelder auslaufe, sagt Regierungsrat Damann. «Ich bin der Meinung, dass man diese Strategie veröffentlichen sollte.»

## Waadtlander Fonds für touristische Anlagen

Nicht nur der Kanton Freiburg, auch der Kanton Waadt hat seine Bergbahnen in der Vergangenheit grosszügig unterstützt. Zum Beispiel in Form von nicht rück-



Skigebiet in den Freiburger Alpen: Der Kanton beteiligte sich als Aktionär an einer Finanzierungsgesellschaft für Bergbahnen.

Bild: Jean-Christophe Bott/Keystone (Les Paccots, 22. Dezember 2014)

zahlungspflichtigen Beiträgen für künstliche Beschneiungsanlagen in Les Diablerets, in Leysin oder Les Rasses. Die Waadt hat zudem einen Fonds für touristische An-

lagen eingerichtet. Im Rahmen seiner Strategie «Alpes 2020» will der Kanton bis 2023 die Erneuerung von Seilbahnen und Beschneiungsanlagen mit

46 Millionen Franken subventionieren.

«Rund ein Drittel der Seilbahnen wäre ohne direkte Unterstützung durch die öffentliche

Hand kaum überlebensfähig», sagt Andreas Keller von Seilbahnen Schweiz. Ein weiteres Drittel sei zumindest teilweise auf indirekte Erleichterungen wie Zinsvergünstigungen oder Gebührenerlasse angewiesen. Anfang November sind der Kanton St. Gallen und sechs umliegende Gemeinden den Pizolbahnen zur Hilfe geeilt und werden den Betrieb in den nächsten sechs Jahren mit insgesamt 4,14 Millionen Franken unterstützen. Die Bedingung: Nach der Restrukturierung müssen die Bahnen wieder in der Lage sein, selbstständig über die Runden zu kommen.

## Ausweg aus der Pattsituation

Im Falle des Toggenburgs befindet sich der Kanton St. Gallen in einem Dilemma: Die Bergbahnen sind zwar private Aktiengesellschaften, in der Wahrnehmung der Bevölkerung gehören sie jedoch längst zum Service public. Christian Lässer, Professor für Tourismus und Dienstleistungsmanagement an der Universität St. Gallen, spricht von einer «verfahrenen Situation, für die es keine einfache Lösung gibt». Vordergründig könne er den Entscheid der St. Galler Regierung zwar nachvollziehen. Doch auf den zweiten Blick sei es auch problematisch, die Vergabe von Bundesdarlehen von einem gemeinsamen Ticket abhängig zu machen. «Der Kanton erweist den Bergbahnen Wildhaus dadurch einen Bärendienst und schwächt deren Verhandlungsposition im Tarifstreit mit den Toggenburger Bergbahnen.»

Lässer stellt zudem die Frage, was eine Fusion beider Bergbahnen konkret bringen würde. «Man kann auch sparen, ohne zu fusionieren.» Ein Zusammenschluss sei nur sinnvoll, wenn zwei Unternehmen ihre Investitionen strategisch aufeinander abstimmen könnten und wollten. Dies sei beim einseitigen Übernahmeangebot der Toggenburger Bergbahnen nicht zu erkennen. Trotz allem sieht Lässer einen möglichen Ausweg. Er schlägt vor, dass der Kanton seine Haltung überdenkt. «Es ist eine Stärke der Politik, wenn sie Entscheide korrigieren kann», ist er überzeugt. «Für den Toggenburger Tourismus sind die Bergbahnen systemrelevant.»

# Grand Resort Bad Ragaz befürchtet ausbleibende Gäste

**Burkaverbot** Die spendierfreudigen Gäste aus den Golfstaaten sind auch bei Ostschweizer Hoteliers beliebt. Sollte der Kanton St. Gallen ein Burkaverbot beschliessen, könnten sie ausbleiben. Der St. Galler Tourismusdirektor verweist jedoch auf das Tessin.

Was ursprünglich nur als Burkaverbot beim Umgang mit Behörden angedacht war, geht in seiner aktuellen Version sehr viel weiter. In der kommenden Woche berät das St. Galler Kantonsparlament in zweiter Lesung über das Verhüllungsverbot.

Wie bereits im Tessin, betrifft das Gesetz nur eine verschwindend kleine Zahl von im Kanton wohnhaften Frauen. Allerdings ist auch der Kanton St. Gallen Reiseziel von Touristen aus Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten, wo die Gesichtsverschlei-

erung oft üblich ist. Vor allem im Heidiland nahm die Zahl in den vergangenen Jahren zu. Das Grand Resort Bad Ragaz ist ihre bevorzugte Unterkunft. Anna Bichsel, Sprecherin des Grand Resorts, befürchtet deshalb negative Konsequenzen.

Zwar tragen nicht alle Frauen aus diesen Ländern die Burka auch in den Ferien. Aber «Gäste aus dem mittleren Osten könnten das Verbot als Signal einer gewissen unerwünschten Versteherung und den Kanton sowie das Grand



Resort Bad Ragaz in Zukunft meiden», sagt sie auf Anfrage.

Diese Ängste versteht Thomas Kirchhofer, Tourismusdirektor der Region St. Gallen-Bodensee. Die Gäste aus den Golfstaaten machten zwar nur einen verschwindend kleinen Anteil der Touristen in der Schweiz aus, eins bis zwei Prozent. Aber sie sind spendierfreudig. «Von der touristischen Wertschöpfung her sind es vier bis fünf Prozent.» Trotzdem sieht er einem allfälligen Burkaverbot gelassen entgegen. Zwar sei die

Zahl der Gäste aus dem Golfstaaten gestiegen, aber «wir sind nicht Interlaken, es ist ein verschwindend kleiner Teil der Gäste». Kirchhofer zweifelt auch daran, ob ein Burkaverbot die Gäste vertreibt. «Im Tessin blieb der Einbruch aus. Es kamen sogar eher mehr Gäste aus der Region.» Deshalb wolle er dem Rat keine Vorschriften machen. «Der demokratische Prozess soll seinen Lauf nehmen.»

KasparENZ

kaspar.enz@ostschweiz-am-sonntag.ch